

München, 23.11.2020

## Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November: SPD fordert Rechtsanspruch auf Frauenhausplatz

**Frauenpolitische Sprecherinnen Simone Strohmayr und Ruth Müller: In Bayern fehlen seit Jahrzehnten Plätze - Durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation vieler Frauen verschlechtert**

Angesichts des diesjährigen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November fordern die frauenpolitischen Sprecherinnen der BayernSPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr** und **Ruth Müller** einen Rechtsanspruch auf Frauenhausplätze. "Durch Corona, die Ausgangsbeschränkung im April und den 'Lockdown-Light' jetzt hat sich die häusliche Situation vieler Frauen massiv verschlechtert", betont Strohmayr. "Gleichzeitig mussten schon vor der Pandemie die Frauenhäuser jede zweite Hilfesuchende abweisen. Wir meinen: Es braucht viel mehr Mittel und Personal, um den Frauen zu helfen. Deshalb müssen hier die Kommunen grundsätzlich in die Lage versetzt werden, die Frauenhäuser aufzubauen und zu unterhalten!"

Seit fast fünf Jahren liegt ein vom bayerischen Sozialministerium beauftragtes, detailliertes Gutachten der Universität Erlangen-Nürnberg vor, das die geringen Stellenkapazitäten in den Frauenhäusern als dramatisch einstuft. In Bayern gibt es laut Sozialministerium insgesamt 38 Frauenhäuser, mit insgesamt 362 Plätzen für Frauen und 437 für Kinder. Das ist nicht einmal ein Frauenhaus pro Landkreis. Von den im Gutachten geforderten zusätzlichen 108 Plätzen – also 30 Prozent plus – sind gerade einmal 15 entstanden.

"Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet - ein Femizid, der in den Medien immer noch gern verharmlosend als 'Beziehungstat' oder 'Familiendrama' bezeichnet wird", erklärt **Ruth Müller**, ebenfalls frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. "Entsprechend riesig ist vermutlich die Zahl der Frauen, die bisher 'nur' von häuslicher Gewalt betroffen sind. Dass unter diesen Bedingungen die Frauenhäuser so unterfinanziert sind, macht zornig. Es gilt jetzt, kurzfristige Alternativen für eine sichere Unterbringung der Betroffenen häuslicher Gewalt zu schaffen."